

## Protokoll der Sitzung des Parteirates der KölnSPD am 12.09.2019

### Vorschlag zur Tagesordnung

- TOP 1 Begrüßung
- TOP 2 Wahl des Präsidiums/ Schriftführung
- TOP 3 Beschluss über die Geschäftsordnung/Bericht MPZK
- TOP 4 Verleihung der Kommunalzertifikate durch Katrin Bucher – Christiane Jäger
- TOP 5 Vorbereitung NRWSPD-Landesparteitag: Vorstellung, Beratung, Positionierung zu den Leitanträgen
- TOP 6 Kölner Impuls für die Bundes-SPD  
Antrag UBV folgt – Antrag AG60plus (Anlage)
- TOP 7 Überwiesene Anträge (OrgPol) vom Parteirat 15. Juni
- TOP 8 Schlusswort

### TOP 1 Begrüßung, Wahl des Präsidiums

Christiane Jäger

- begrüßt die Anwesenden,
- nimmt Bezug auf die Kandidatur Rolf Mützenichs für den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion und auf die Kandidaturen von Mitgliedern der KölnSPD für den Bundesparteiivorsitz der SPD, Karl Lauterbach mit Nina Scheer und Norbert Walter-Borjans mit Saskia Esken,
- spricht die Erkrankung Manuela Schwesigs an, die Anfang der Woche dazu geführt hat, dass M.S. vom kommissarischen Parteivorsitz sowie dem stellvertretenden Parteivorsitz zurück getreten ist; der Unterbezirk hat Genesungswünsche übersendet;
- thematisiert die erneute Kandidatur der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker,
- erwähnt die Wahl von Claudia Greven-Thürmer zur Bezirksbürgermeisterin von Köln-Kalk und gratuliert Claudia auf diesem Wege zur Wahl,
- schlägt für das Präsidium vor: Eva Bürgermeister und Martin Börschel (Sitzungsleitung), Andre Schirmer (Protokoll), Christiane Jäger, Frank Mederlet.

➔ Wahl des Präsidiums mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung!

### TOP 3 Beschluss über die Geschäftsordnung

- Annahme des Initiativantrags der Jusos „Arbeiten in der SPD – Sexismus eine Absage erteilen“
- Tagesordnung: Die um den Initiativantrag als TOP 7 erweiterte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.
- Bericht Mandatsprüf- und Zählkommission  
74 stimmberechtigte Delegierte (von 106) und 27 weitere Parteimitglieder

- Unter TOP 5 wird um 20.55 Uhr nach mehreren Wortbeiträgen der Antrag gestellt, die jeweilige Redezeit von 3 auf 2 Minuten zu begrenzen. Zustimmung mit der Mehrheit der Stimmen der Delegierten.

#### **TOP 4 Verleihung der Kommunalzertifikate durch Katrin Bucher – Christiane Jäger**

<b>Zertifikat</b>	<b>Vorname</b>	<b>Name</b>
Große Kommunalzertifikat	Birgit	Hoensch
Große Kommunalzertifikat	Christian	Robyns
Große Kommunalzertifikat	Heidi	Irlenbusch
Große Kommunalzertifikat	Katrin	Bucher
Große Kommunalzertifikat	Lena	Dickgießer
Große Kommunalzertifikat	Lisa	Wicharz
Große Kommunalzertifikat	Mattis	Dieterich
Große Kommunalzertifikat	Mia (Maria)	Helmis
Große Kommunalzertifikat	Paria	Heidari Abkenar
Große Kommunalzertifikat	Pascal	Pütz
Große Kommunalzertifikat	Peter	Ratko
Große Kommunalzertifikat	Sigita	Gelbach
Kleine Kommunalzertifikat	Frank	Klasen
Kleine Kommunalzertifikat	Daniel	Streuber
Kleine Kommunalzertifikat	Eike	Danke
Kleine Kommunalzertifikat	Fabian	Stangier
Kleine Kommunalzertifikat	Marcel	Hagedorn
Kleine Kommunalzertifikat	Nils	Beuthert
Kleine Kommunalzertifikat	Rebecca	Wangemann
Kleine Kommunalzertifikat	Timon	Marland
Kleine Kommunalzertifikat	Tobias	Abt

#### **TOP 5 Vorbereitung NRWSPD-Landesparteitag**

Susana berichtet über die Vorbereitungen für den Landesparteitag

Anträge aus dem UB:

- Änderungsantrag zu Antrag „Leitantrag Steuern“: Der Parteirat bestätigt den von der AG Steuerpolitik eingereichten Änderungsantrag zum Landesparteitag der SPD.

#### **Änderungsantrag zu Antrag: Leitantrag Steuern**

AntragstellerIn: UBV Köln

Seite 2, Zeile 2: Füge ein „mehr Pfleger...“

Seite 4, Zeile 1: Prüfen warum aus Kölner Antrag „staatsanwaltliche Kompetenzen“ nicht übernommen wurde

Seite 4, Zeile 6: „nachweislichen“ ersetzen durch „begründeten“

Seite 4, Zeile, 31: „Daher unterstützen wir die Kommission zur...“ kompletten Satz streichen.

Seite 4, Zeile 33: „Langfristig ist“ streichen

Seite 4, Zeile 34: „Dabei unterstützen wir...“ kompletten Satz streichen, falls der geplante wertabhängiges Modell der SPD Bundestagsfraktion die Berechnung des Gebäudewert einbezieht.

Seite 5, Z.22-27 streichen und ersetzen durch:

Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.000/24.000 Euro für Singles/Verheiratete. Damit

werden Haushaltseinkommen bis zu 1.000 Euro pro Partner steuerfrei gestellt. Im Bereich

mittlerer Einkommen bis 24.000 Euro pro Partner sollen ebenfalls pro Partner bis zu 600

Euro entlastet werden. Die Steuern auf Einkommen bis zu 36.000 Euro pro Partner sollen

um je 300 Euro sinken. Damit wird die Steuerersparnis auch nach der Umstellung des

Ehegattensplittings auf einen Familientarif für alle Paare mit weniger als 40.000 Euro

Einkommensunterschied zwischen den Partnern doppelt so hoch ausfallen wie für Singles.

Darüber hinaus sorgt ein Kinderbonus für eine zusätzliche Entlastung von

Alleinerziehenden und Paaren. Die schon im Bundestagswahlprogramm enthaltene

Ankündigung fördert Haushalte mit Kindern und die ausgeglichene Beteiligung beider

Partner an der Erwerbstätigkeit. *Ab 120.000 Euro zu versteuerndem Einkommen eines*

*verheirateten Paares (betrifft weniger als 10% der Steuerpflichtigen) soll der Steuersatz*

*moderat ansteigen über die bisher geltenden 27,6% hinaus. Bei etwa 500.000 Euro pro*

*Paar soll der Durchschnittssteuersatz von 40,7 auf 43% , bei 1.000.000 Euro von 44 auf*

*47% ansteigen. Der höchstmögliche Steuersatz ist 49% statt bisher knapp 47,5%. Ein*

*zusätzlicher Solidaritätsbeitrag würde dann nicht mehr erhoben.*

Seite 6, 14 -15 streichen und ersetzen durch:

„Einführung eines Mehrwertsteuer-Bonus in Form einer jährlichen Auszahlung an alle, die Geringverdienern in Gänze zu Gute käme, während Besserverdienende sie versteuern müssten.“

Seite 6, Z 20, 2.Halbsatz streichen und ersetzen durch „Deshalb gleichen wir soziale Härte aus.“

Seite 6, Z.25: „die Senkung“ durch „Teile“ ersetzt werden.

Seite 6, Z 29: „Unser Ziel bleibt“ streichen und ergänzen durch „Aktuell fordern wir“

Seite 6, 14 -15 streichen und ersetzen durch:

„Einführung eines Mehrwertsteuer-Bonus in Form einer jährlichen Auszahlung an alle, die Geringverdienern in Gänze zu Gute käme, während Besserverdienende sie versteuern müssten.“

Seite 6, Z16: „CO2-Bepreisung“ ersetzen durch „CO2-Steuer in allen Sektoren.“

Danach bitte einfügen: „Der europäische Zertifikatehandel soll eingebunden werden bzw. absetzbar sein. Eventuelle Nachteile der deutschen Industrie bzw. Wirtschaft werden durch Zölle auf Waren, welche nicht mit einer CO2-Steuer belegt sind ausgeglichen.“

Seite 6, Z20: „Deshalb fordern wir .....“ streichen. In Zeile 25 steht bereits die Verwendung der Steuereinnahmen.

Seite 6, Zeile 28.: „Unser Ziel bleibt“ ersetzen durch „Aktuell fordern wir“

Seite 6, Zeile 31 nach „ausdrücklich“ ergänzen:

„Langfristig fordern wir die Einführung einer Banktransaktionssteuer, die ausnahmslos alle unbaren Zahlungsvorgänge mit einem sehr niedrigen Steuersatz belegt, sodass auf 10.000 Euro Umsatz maximal 1Euro Steuern anfällt. Dadurch wird der Hochfrequenzhandel empfindlich getroffen. Die Einführung erfolgt national, wobei eine europäische Lösung angestrebt wird.“

Seite 6, Z20: „Deshalb fordern wir .....“ streichen. In Zeile 25 steht bereits die Verwendung der Steuereinnahmen.

**Bis auf einen Punkt zu den *Einkommenssteuersätzen* alles so auf dem LPT beschlossen.**

- Antrag OV Dellbrück zur Gesamtreform des Alterssicherungssystems

Vorstellen des Dellbrücker Antrags durch Thomas Mildenberger, Wortmeldungen durch Friedhelm Hilgers, Reiner Hammelrath (kritisiert Inhalt und Umfang des Leitantrags)

Der Parteirat nimmt den Antrag aus dem OV Dellbrück zur langfristigen Umgestaltung des Rentensystems zur Kenntnis und empfiehlt den Kölner Delegierten, sich für eine weitere Bearbeitung der Alterssicherung einzusetzen und die Parteigremien damit zu beauftragen.



## TOP 6 Kölner Impuls für die Bundes-SPD

1. „Impuls der KölnSPD für eine SPD auf der Höhe der Zeit“ (UBV-Diskussionsergebnis)

Hierzu: **Änderungsantrag** der Jusos

Hierzu: Vorschlag einer AG um Simon Bujanowski, Susana dos Santos und Anderen für den Parteirat am 12.09. als **Änderungsantrag** zum UBV-Antrag: „**Positionierung der KölnSPD** zur Halbzeitbilanz der großen Koalition“

2. „Für eine solidarische Gesellschaft – Impuls für die künftige Politik der SPD“ (Antrag AG 60 Plus)
3. Der Antrag DL 21 (Antrag für den Parteirat am 15.06.19) wurde zurück gezogen.

Zu 1.:

- a) **Änderungsantrag** der Jusos bezog sich auf „Impuls der KölnSPD“-Antrag, der durch „Positionierung der KölnSPD“-Änderungsantrag erledigt hat.
- b) **Änderungsantrag** Steve Hudsons zu „**Positionierung der KölnSPD** zur Halbzeitbilanz der großen Koalition“

Zeile 1: Formulierungsänderung „Extreme“ durch „Rechtsextreme“ ersetzen (Vorschlag Steves wird in Antrag übernommen)

Zeile 2: Formulierungsänderung „rechte“ durch „rassistische und diskriminierende“ zu ersetzen (Vorschlag Steves wird in Antrag übernommen)

Zeile 3: Ergänzungstextvorschlag Steve Hudson abgelehnt

Zeile 23 und 24: Ergänzungsvorschlag Hudson abgelehnt

Zeile 23: Änderung durch Simon in Antrag (zwischen „politischen Mitte“ und „wieder“ „als linke Volkspartei“)

Zeile 26: nach „progressive“ Einfügung „linke“ (Vorschlag Steves wird in Antrag übernommen)

Zeile 32 - 33: längere Texteingfügung Steves zum Klimaschutz wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag „**Positionierung der KölnSPD** zur Halbzeitbilanz der großen Koalition“:

➔ **Annahme** des wie oben beschrieben überarbeiteten Antrags!

Zu 2.:

**Ablehnung** des Antrags mit knapper Mehrheit

## TOP 7: Initiativantrag der Jusos

- Die Jusos reichen den Initiativantrag „Arbeiten in der SPD – Sexismus eine Absage erteilen“, der die Initiierung einer Ombuds- bzw. Anlaufstelle für Betroffene von Sexismus und Diskriminierung fordert.
- Mehrheitliche Zustimmung zum Vorziehen dieses TOP vor den TOP „Überwiesene Anträge (OrgPol) vom Parteirat 15. Juni“
- **Annahme** des Antrags (siehe Anlage) mit 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Hierzu § 15 Absatz 7 der SATZUNG DES SPD UNTERBEZIRKS KÖLN (Stand: 19.09.2011):

„An den Unterbezirksparteirat können von den Gliederungen Anträge zur Entscheidung gestellt werden, wenn sie aktuell und dringlich sind, also keinen Aufschub dulden. Über die Dringlichkeit entscheidet letztlich der Parteirat.

Anträge sind mindestens 8 Tage vor der Sitzung in der Geschäftsstelle einzureichen.“

**TOP 8: Überwiesene Anträge (OrgPol) vom Parteirat 15. Juni**

<u>Nr</u>	<u>Titel/Thema</u>	<u>Antragsteller</u>	<u>Voten und Anmerkungen der Antragskommission</u>	<u>Ergebnis</u>
65 UmPro 1	Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik	Sülz/Klettenberg	<b>Z. 7-11 ersetzen durch:</b> Die KölnSPD begrüßt den Beschluss auf EU-Ebene, Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten im Rahmen des europäischen Chemikalienrechts zu verbieten und fordert die deutschen Vertreter auf, dem Vorschlag der europäischen Chemikalienagentur ECHA zuzustimmen.	Einstimmige <b>Annahme</b>
66 VPol 1	Raststätten für LKW-Fahrer	Eil-Finkenberg	<b>Annahme in geänderter Fassung:</b> Z. 40: ...Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen die Schaffung ausreichender sanitärer Einrichtungen für die Fernfahrer.	<b>Annahme</b> bei 4 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen
67 VPol 2	Kostenloser ÖPNV in NRW	Jusos	<b>Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung:</b>  Vor Z. 65 ergänzen: Weiterleitung an Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion  Streichung Z. 66 „...Zur Finanzierung...“ bis Z. 69 „...geprüft werden.“	Einstimmige <b>Annahme</b>

74 Org 3	Delegierte Bundesparteitag nur für ein Jahr wählen	Ehrenfeld	<b>Ablehnung</b>  Der Workshop kommt zu dem Schluss, dass der Antrag abgelehnt werden sollte, da eine Umsetzung bedeuten würde, dass pro Jahr 2 PT ausgerichtet werden müssten. Das wäre aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht machbar	Mehrheitliche <b>Ablehnung</b>
75 Org 4	Aufstellungsverfahren Kandidaturen mit allen Mitgliedern	Ehrenfeld	<b>Ablehnung</b>  Dem Workshop ist unklar, was die konkrete Vorstellung des Antragsstellers ist und möchte den Antragssteller auffordern dazu noch einmal Ausführungen vorzunehmen	<b>Antrag wird zurück gezogen</b>
76 Org 5	Mindestens halbjährige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene	Ehrenfeld	Hier gab es kritische Diskussionen dazu, ob es allen OV's aus finanzieller Sicht aufzubürden ist 2 MV's pro Jahr zu machen. Zum anderen kam die Frage auf, wie sinnvoll bzw. umsetzungsstark so eine Vorschrift wäre. Einige OV's machen bereits mehr als eine MV pro Jahr.  Der Workshop hält einen Antrag zu diesem Thema für nicht nötig	Mehrheitliche <b>Ablehnung</b>
78 Org 7	Anträge/Beschlüsse auf HP einstellen	Ehrenfeld	<b>Annahme</b>  Der Workshop begrüßt den Vorschlag. Bereits die Beschlüsse des Parteirates werden ab KW 25 auf der KölnSPD Seite hochgeladen. Bereits gängige Praxis	Einstimmige <b>Annahme</b>

79 Org 8	Appell Forderung an Bundespartei und Forderung an die MdB	Bocklemünd / Mengenich	<b><u>Nichtbefassung</u></b> Antragscharakter nicht gegeben. Der Workshop kommt zum gleichen Schluss wie die AK im März. Ein Antragscharakter ist nicht gegeben. Daher keine weitere Befassung mit Antrag 79 im Workshop	<b>Keine Befassung</b> (mit deutlicher Mehrheit beschlossen)
80 Org 9	Jährlich kommunalpolitischer Parteitag	Braunsfeld	<b>Ablehnung</b> Der Workshop würde diesen Antrag ablehnen, (siehe auch Antrag 74). Der WS schlägt aber vor, dass die Variante eines zweitägigen PT noch einmal besprochen werden sollte. Vorschlag: Der UBV stellt diese Frage erneut an die OV	<b>Ablehnung</b> mit deutlicher Mehrheit (Zusatz: die OV werden erneut befragt, ob statt dessen ein zweitägiger Parteitag eingeführt wird)
81 Org 10	Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen	Jusos	<b>Annahme</b> Der Workshop begrüßt den Vorschlag (siehe Antrag 78)	Einstimmige <b>Annahme</b>
82 Org 11	Einführung einer Jugendquote	Jusos	<b>Keine Empfehlung Workshop</b> Diskussionen über die Umsetzbarkeit des Antrags für OVs etc. in der geänderten Form. Uneinigkeit wie ein Abstimmungsverhalten aussehen würde. Die ursprüngliche Antragsform würde ggf. einen Konsens finden	Mehrheitliche <b>Ablehnung</b> (7 Stimmen dafür, 4 Enthaltungen)
83 Org 12	Kosteneffiziente Wahlkämpfe	Jusos	<b>Überweisung an UBV</b> Der WS begrüßt den Vorschlag die OVs u./o. StB bei den WKs besser zu vernetzen	Einstimmige <b>Überweisung</b> an den <b>UBV</b>

			um so effektiver Ressourcen zu nutzen. Eine Überweisung an den UBV ist sinnvoll. Erste Ideen werden vorgeschlagen.	
<b>84 Org 13</b>	<b>Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken</b>	<b>Porz/Poll</b>	<b>Annahme</b> Der Workshop begrüßt den Vorschlag.	<b>Annahme</b> mit einer Enthaltung

### **TOP 9: Schlusswort der Parteivorsitzenden der KölnSPD**

Vorstellung Kampagnenstart „Wohnen. Bezahlbar. Machen“ (10.10., 17.00 Uhr, Rudolfplatz, Zeltlager) zum Thema Wohnungsnot und Obdachlosigkeit; Ziel SPD: Sichtbarwerden mit diesem inhaltlichen Thema in der Stadt, über dieses Thema mit den Menschen ins Gespräch kommen. Hauptforderung für den Haushalt: 500 Mio. € in den nächsten fünf Jahren für bezahlbares Wohnen zur Verfügung stellen, von denen die Stadt neue Wohnungen fördern, Grundstücke für den Bau von Sozialwohnungen kaufen und die städtische Wohnungsbaugesellschaften (z.B. GAG) unterstützen kann.

Bitte um zahlreiche Beteiligung! Kampagne wird idealerweise in den OV mit Lokalbezug weitergeführt. Ziel ist mindestens eine Aktion in jedem Wahlkreis.

### **Gezeichnet:**

*Andre Schirmer*

Schriftführung Parteirat der KölnSPD am 12.09.19